

wöchentliche Informationen aus Kurdistan und der Türkei

Proteste in Straßburg

Um auf die Hungerstreikenden in Straßburg und auf das Schwei-gen des Westens gegenüber der Kurdenproblematik aufmerksam zu machen, waren am 4. April mehrere Tausend Kurden in der französischen Stadt Straßburg. Vor dem Gebäude des CPT (Europäisches Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe) machten die KurdInnen einen Sitzstreik. Sie forderten, dass die menschenunwürdige und menschenrechtsverletzende Isolationshaft gegenüber Abdullah Öcalan aufgehoben werden muss. Die Co-Vorsitzende der BDP Gültan Kışanak verkündete nach einem Treffen mit dem Generalsekretär des CPT Trevor Stevens, dass das CPT die Lage von Abdullah Öcalan aufmerksam verfolge. Das CPT sei deswegen in Kontakt mit den autorisierten Verantwortlichen der Türkei.

Zu Tausenden kamen die Kurden aus Frankreich, Belgien, Deutschland, Holland, Österreich und der Schweiz. Die 100 kurdischen Jugendlichen, die am 31. März den Freiheitsmarsch in

Mannheim begonnen haben, erreichten ebenfalls Straßburg und nahmen an der Protestaktion teil.

Die Protestierenden forderten die Freiheit von Abdullah Öcalan und allen politischen Gefangenen in der Türkei und dass die Kurdenfrage auf friedlichem Wege gelöst werden muss. Die AktivistInnen erklärten, dass das Kurdenproblem nicht nur die Türkei angehe, sondern auch den Europarat betreffe. Europa müsse die Türkei für eine Lösung unter Druck setzen.

CPT: Wir verfolgen die Lage von Öcalan aus der Nähe

Um 15.00 Uhr trafen die Co-Vorsitzende der BDP Gültan Kışanak und der BDP-Vertreter in Europa Faik Yağız den Generalsekretär des CPT Trevor Stevens.

Yağız erklärte gegenüber der kurdischen Nachrichtenagentur ANF, dass das CPT die Lage von Öcalan aus der Nähe verfolge. Yağız sagte zu dem Gespräch: „Wir haben die Politik der Türkei und die Isolationshaft von Abdullah Öcalan kritisiert. Wir haben die Situationen der Hun-

gerstreikenden in Straßburg, Nordkurdistan und der Türkei erklärt. Er sagte, dass sie keine Rolle bei dem Kurdenproblem einnehmen können. Jedoch verfolgen sie die Lage der Gefangenen in der Türkei und insbesondere die Situation von Abdullah Öcalan. Er sagte, dass sie die Lage von Öcalan detaillierter verfolgen, als die von den Gefangenen in Europa und dass sie seit 1999 Abdullah Öcalan fünfmal besucht haben. Weiter sagt er, dass sie stets mit den Zuständigen der Türkei in Kontakt sind. Er sagte schließlich, dass sie sich darüber freuen, wenn sie Informationen über die Lage der Gefangenen in der Türkei bekommen. Er freue sich über konkrete und transparente Informationen, aber ohne Gewalt. Damit sagte er, dass er den Hungerstreik in Straßburg als Gewalt betrachtet. Wir sagten dazu, dass das keine Gewalt sei. Wir wollen uns über alle Wege mitteilen. Der aktuelle Zustand von Öcalan ist für die Kurden Anlass zu großer Sorge geworden. Wir sagten, dass sie die Kurden in dieser Sache verstehen müssen.“

(ANF, 5.4., ISKU)

Meldungen:

Polizei behindert langen Marsch der kurdischen Jugend in Deutschland

Die deutsche Polizei hat am Sonntag Abend die 150 Teilnehmer des langen Marsches, initiiert von der kurdischen Jugend, in Rastatt bei Karlsruhe festgenommen. Als Grund für die Festnahme wurde das Tragen von Bildern und Fahnen mit dem Bild Abdullah Öcalans angegeben.

Die kurdischen Jugendlichen aus Deutschland hatten zum langen Marsch von Mannheim nach Straßburg aufgerufen, wo sich seit dem 1. März 30 kurdische AktivistInnen im unbefristeten Hungerstreik befinden. Rund 150 kurdische Jugendliche aus der ganzen Bundesrepublik waren dem Aufruf gefolgt. Laut den letzten Meldungen vom Montag wurden rund 80 Jugendliche kurz nach ihrer Festnahme wieder freigelassen, während 70 Teilnehmer des langen Marsches im Polizeirevier festgehalten wurden.

(ANF, 2.4., ISKU)

Menschenrechtsverein IHD veröffentlicht Newroz-Bericht

Der Menschenrechtsverein der Türkei IHD hat ihren Bericht für das Newroz-Fest 2012 mit der Überschrift „Bericht über Rechtsverletzungen während des Newroz-Fests“ veröffentlicht. Bei den Auseinandersetzungen während des Newroz-Festes sind 2 Menschen gestorben, 178 Menschen wurden verletzt, 1014 Menschen wurden in Polizeigewahrsam genommen und 206 Menschen inhaftiert.

(DIHA, 3.4., ISKU)

Hausdurchsuchungen in Istanbul: 30 Festnahmen

Bei zeitgleichen Hausdurchsuchungen in vier Bezirken von Istanbul wurden mindestens 30 Menschen festgenommen. Unter den Festgenommenen befindet sich auch Abdullah Aspar, der auf den Newrozfeierlichkeiten in Istanbul durch den Polizeiangriff schwer am Kopf verletzt worden war. Als Begründung für die Festnahmen gab die Polizei die Teilnahme dieser Personen an den Newrozfeiern an.

(ANF, 3.4., ISKU)

Luftangriffe auf Kandil

Die türkische Armee hat in den frühen Morgenstunden des 1. April Luftangriffe gegen die unter Kontrolle der PKK befindlichen Kandilberge geflogen. Der Luftangriff dauerte ungefähr von 4 Uhr bis 5.30 Uhr am Morgen

Vorstände des kurdischen Dachverbands YEK-KOM ausgewiesen

Das Regierungspräsidium Karlsruhe hat in der letzten Woche den unbefristeten Aufenthaltsstatus (die Niederlassungserlaubnis) des stellvertretenden Vorsitzenden des Dachverbands der kurdischen Vereine in Deutschland, YEK-KOM, Bahaddin Dogan, sowie des Mitglieds des Disziplinarrates des Dachverbandes, Ahmet Zeyrek, annulliert. Grundlage der Entscheidung ist § 54 Abs. 5 des Aufenthaltsgesetzes. Vorerst müssen die seit Jahrzehnten im Asyl in der Bundesrepublik lebenden Politiker im Rahmen einer Residenz- und Meldepflicht zweimal in der Woche bei der Polizei Unterschriften leisten. Sie dürfen ihre Wohnorte nicht verlassen. Falls der juristische Widerspruch keinen Erfolg hat, wird beiden, durch den Status einer Duldung eine dauerhafte Residenzpflicht auferlegt. Neben weiteren Nachteilen wird ihnen durch diese Maßnahmen u.a. die Grundlage für ein politisches Engagement und soziale Kontakte entzogen.

In § 54 Abs 5 heißt es: "Ein Ausländer wird in der Regel ausge-

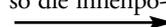
wiesen, wenn Tatsachen die Schlussfolgerung rechtfertigen, dass er einer Vereinigung angehört oder angehört hat, die den Terrorismus unterstützt, oder er eine derartige Vereinigung unterstützt oder unterstützt hat (...)"

Die Arbeit des Dachverbandes YEK-KOM ist kultureller und menschenrechtlicher Art. Sie besteht hauptsächlich darin, sich um die sozialen und kulturellen Belange der in Deutschland lebenden KurdInnen zu kümmern und die politische Vertretung der MigrantInnen wahrzunehmen. Die beiden Mitglieder der Leitung von YEK-KOM aufgrund ihres Engagements für die Rechte der KurdInnen und einen Friedensdialog in der Türkei sowie der Teilnahme an Demonstrationen und damit der Unterstützung des Terrorismus zu bezichtigen, ist nicht hinnehmbar. Die Ausweisung von Bahaddin Dogan und Ahmet Zeyrek muss zurückgenommen werden. Die auf Betreiben des Baden-Württembergischen Verfassungsschutzes erteilte Ausweisung der

Politiker soll deren legitime politische Arbeit verhindern.

Wir kritisieren das Vorgehen des Regierungspräsidiums auf Scharfste. Gegen Bahaddin Dogan liegt in der Türkei ein Haftbefehl vor. Er hatte vor seiner Flucht beim Menschenrechtsverein IHD gearbeitet.

"Das Innenministerium von Baden Württemberg legt mit der Kriminalisierung einer Tätigkeit in legalen Kulturvereinen als 'Unterstützung einer terroristischen Vereinigung' eine ähnliche Logik an den Tag wie die türkische Regierung, die Tausende zivile kurdische Politiker wegen ihrer Menschenrechts- und Kommunalpolitik als 'Terroristen' inhaftieren lässt. Das ist ein fatales Signal. Politiker sämtlicher Fraktionen des Europaparlaments sowie der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung haben kritisiert, dass diese KCK-Verfahren gegen kurdische Politiker von denjenigen Kräften umgesetzt werden, die eine friedliche Lösung der kurdischen Frage verhindern wollen," so die innenpo-



Worauf wartet das CPT?

Das CPT (Europäisches Komitee zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe) hat das uneingeschränkte Recht zur Untersuchung von Gefängnissen, Polizeiwachen, Flüchtlingslagern bis hin zu psychologischen Kliniken in den Mitgliedsländern. Wenn sie es für erforderlich hält, darf das CPT eine Delegation in irgendein Gefängnis in der Türkei schicken und Untersuchungen durchführen. Es ist die einzige Einrichtung die die Macht hat, das Gefängnis Imrali, wo Abdullah Öcalan inhaftiert ist, aufzusuchen.

Wie der Name des CPT schon verdeutlicht, ist der Zweck des durch den Europarat ins Leben gerufenen Komitees die Verhinderung von Folter. Das Ziel ist, im Fall von Folter oder erniedrigender Behandlung internationalen Druck auf die nationalen Regierungen auszuüben. Es hat jedoch keine große Durchsetzungskraft. Es geht so weit, dass die nach den Besuchen erstellten Berichte ohne die Zustimmung der jeweiligen Regierungen, in denen die Untersuchung stattgefunden hat, nicht veröffentlicht werden dürfen. Jedoch nutzt nahezu keine einzige Regierung das Vetorecht zur Unterbindung der Berichtsveröffentlichung, um nicht bezichtigt werden zu können, als „verheimlichter sie Folter“.

Das Komitee hat die Türkei zuletzt vor ca. vier Jahren besucht.

Der Bericht des Besuchs wurde 2010 veröffentlicht. Also fast zwei Jahre später.

In den letzten vier Jahren ist in den Gefängnissen der Türkei die Hölle los. Den Berichten der Menschenrechtsvereine zufolge haben die Rechtsverletzungen in den Gefängnissen Ausnahmezustände erreicht.

Die Isolationshaft Öcalans, die schweren Repressionen gegen politische Gefangene und die schlimmen physischen Zustände in den Gefängnissen müssen nicht einmal extra betont werden. Die Augen wurden davor verschlossen, dass in der Türkei, die der Aufsicht der CPT unterliegt, Kinder, die an Protesten teilgenommen hatten, in einem der Gefängnisse mit Straftätern zusammengelegt wurden und von diesen vergewaltigt wurden.

Nicht nur das, viele der aus dem Gefängnis entlassenen Kinder erzählen, dass sie in der Haft geschlagen wurden und während der Zeit der Inhaftierung gefoltert wurden. Alle diese Aussagen sind in die Berichte der Menschenrechtsvereine aufgenommen worden.

In den Gefängnissen sind kranke Gefangene gestorben. Sehenden Auges sind Menschen hinter den Gittern regelrecht zu Tode gekommen. In Handschellen in einem Gefängnistransporter sitzende Gefangene sind schreiend verbrannt. Die Kameras sind schwarz, wenn es um Angaben über Folter in den Wachen geht.

Der Polizeibeamte, der Festus Okey auf der Wache getötet hat, ist nach vier Jahren Haft wieder frei gekommen.

Nun, auf was wartet das CPT? Darauf, dass die türkische Regierung Sammellager aufbaut?

Die Verteidigung der Menschenrechte und Verhinderung von Folter ist eine aktive Arbeit. Aber wie es so ist, verteidigen sich Institutionen wie diese immer mit den Worten: „Wir können nicht wie Aktivisten arbeiten.“

Diejenigen, die ihren Anspruch darauf erheben, sehen keinen Ausweg mehr, als Hunger zu erleiden.

Für das CPT, das eigentlich die Menschenrechte verteidigt, ist der im französischen Straßburg andauernde, unbefristete Hungerstreik beschämend. Die Zustände sind mittlerweile an dem Punkt angelangt, dass Menschen nicht gegen Tyrannen eine Aktion des Gewissens durchführen, sondern einen Hungerstreik dagegen führen, damit die Schweigenden ihr Schweigen gegen diese Tyrannei brechen. Sie führen den Hungerstreik, damit etwas für die Menschenrechte getan wird.

Die in Straßburg hungerstreikenden und zu Menschlichkeit aufrufenden Aktivisten, die nichts für sich erwarten, die nichts für sich fordern, sind unser aller Stolz. Die Herzen der Kurden, Demokraten und jener, die für Menschlichkeit sind, sind mit ihnen. (YÖP 31.3., ISKU)

an. Die Pressestelle der Volksverteidigungskräfte HPG (HPG-BIM) bestätigte die Luftangriffe und erklärte, dass sich die Angriffe vor allem um das Gebiet in der Nähe des von Zivilisten bewohnten Dorfes Zergele konzentriert habe. Laut örtlichen Quellen wurde bei dem Angriff niemand getötet.

(ANF, 1.4., ISKU)

Ein weiterer ehemaliger Gefangener aus Pozanti wendet sich an den IHD

Ein weiterer ehemaliger Gefangener aus dem Gefängnis von Pozanti meldete sich beim IHD in Mersin um zu berichten, was ihm hinter den Gefängnismauern widerfahren ist.

Ş. T. wurde am 16. Oktober 2011 festgenommen. Ihm wurde vorgeworfen, an einer verbotenen Demonstration teilgenommen zu haben. Zwei Tage später wurde Ş. T. zunächst im Gefängnis von Mersin und danach im Gefängnis von Pozanti inhaftiert. In Pozanti angekommen, sei Ş. T. von Soldaten geschlagen und gezwungen worden, die türkische Fahne zu küssen. Man habe sie stets wie Terroristen behandelt. Sie seien bereits in den Morgenstunden geweckt worden, um zu putzen. Außerdem berichtete er von Vergewaltigungsfällen.

Nachdem die Vergewaltigungs- und Folterfälle von Pozanti an die Öffentlichkeit gelangten, wurden die insgesamt 255 inhaftierten Kinder in das Gefängnis von Ankara Sincan verlegt. Raşit K., der seinen Sohn M. K. in Sincan besucht hatte erklärte, sein Sohn habe ihm berichtet, dass die Kinder auf dem Weg nach Ankara nicht ein einziges Mal an die frische Luft durften. Man habe den Kindern auf dem Transport kein Essen gegeben. Stattdessen haben die Soldaten vor den Augen der Kinder genüsslich ihr Essen gegessen. Zudem seien die Kinder den ganzen Weg über von den Soldaten beschimpft worden.

(ANF, 29.3., ISKU)

Quellen:

ANF Firat
Nachrichtenagentur
DIHA Dicle
Nachrichtenagentur
YÖP Yeni Özgür Politika

N ü ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der **Informationsstelle Kurdistan Spaldingstr. 130 20097 Hamburg** **Tel.: 040 - 421 02 845** **E-Mail: isku@nadir.org** bestellt werden. Spenden auf unser Konto: **Postbank, BLZ 37010050 Konto-Nr.: 39 68 506** Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter: **www.isku.org**

Brücken zwischen den Völkern

Der BDP-Abgeordnete und Sprecher des Kongresses der Demokratischen Völker (Halkların Demokratik Kongresi) (HDK) Ertuğrul Kürkcü hat am 01. April an einer öffentlichen Sitzung an der Universität Hamburg teilgenommen, die vom YXK (Verband der Studierenden aus Kurdistan) organisiert wurde. An der Sitzung haben sowohl kurdische als auch türkische revolutionäre Gruppen teilgenommen.

Die Politik und Rhetorik der AKP, die zum Ziel habe die kurdische Freiheitsbewegung zu liquidieren und zu diskreditieren sei

laut Kürkcü fehlgeschlagen. Dies habe sich am Widerstand des kurdischen Volkes, während der Newroz-Feierlichkeiten gezeigt. Zudem sagt Kürkcü, dass man die Zusammenarbeit und den Dialog zwischen den Völkern stärken müsse.

Es müssen starke Brücken zwischen dem türkischen und kurdischen Volk entstehen um gegen die Verleumdungspolitik des AKP-Regimes gegen jegliche Freiheitsbemühungen vorzugehen. Ein wichtiger Aspekt um diese Bindung zwischen den Völkern zu stärken sei der Kongress

der Demokratischen Völker (HDK).

Die kurdische Freiheitsbewegung trage zudem das Erbe von Mahir Cayan und seinen Genossen, die in Kizildere ermordet wurden. Daher kommt Kürkcü zum Schluss, dass eine Befreiung des kurdischen Volkes auch eine Befreiung des türkischen Volk bedeutet.

Die Politik des türkischen Premiers Erdogan gegenüber dem kurdischen Volk zeige, dass sich die Türkei in Richtung einer Diktatur entwickle.

(YÖP, 3.4., ISKU)

→YEK-KOM Vorstände ausgewiesen

litische Sprecherin der Bundestagsfraktion Die Linke, Ulla Jelpke.

"Es wäre wesentlich sinnvoller seitens der verantwortlichen Politiker und Juristen, die Kampagne des Dachverbandes YEK-KOM zur Anerkennung der kurdischen Identität in der Bundesrepublik zu unterstützen, statt diejenigen zu kriminalisieren, die für eine positive und selbstbewusste Integration der KurdInnen in die Gesellschaft wirken," fordert Bar-

bara Cárdenas, migrationspolitische Sprecherin der Linksfraktion in Hessen.

Politischen Vertretern des kurdischen Dachverbandes YEK-KOM den Aufenthaltsstatus in einer Zeit zu entziehen, in der die türkische Regierung, trotz vorheriger Friedensverhandlungen mit der PKK, die kurdische Frage mit Gewalt eskaliert und die gesamte türkische Gesellschaft nach dem autoritären Vorbild der Zeit nach dem Militärputsch 1980 strukturiert, ist mehr als zynisch. Anstatt die türkische Regierung unter Druck zu setzen, sich an Menschenrechte und das Völkerrecht zu halten und auf einen möglichen Friedensdialog mit der PKK hinzuwirken, unterstützen die deutschen Behörden die Politik der Gewalt der Regierung Erdogan durch die zunehmende Kriminalisierung der aktiven kurdischen MigrantInnen in Deutschland. Das ist eine Schande. (PM Die LINKE, 4.4., ISKU)